

## **Beschluss des Landrates vom 30.11.2017**

Nr. 1808

### **5. Universität Basel; Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018-2021 (Partnerschaftliches Geschäft)**

2017/245; Protokoll: gs, ble, ak, ps, bw

Seit 2007 gilt der Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel, sagt **Christoph Hänggi** (SP), Präsident der federführenden Bildungs-, Kultur- und Sportkommission. Mit dem Jahr 2017 endet jetzt die dritte Leistungsperiode. Gemäss Leistungsauftrag 2014-2017 beantragt die Universität den Kantonen auf der Basis einer Vergangenheitsbetrachtung und ihrer Gesamtplanung den Globalbeitrag für die Jahre 2018–2021. Dieser Antrag der Uni ist im begleitenden bikantonalen Bericht erläutert und der Landratsvorlage beigelegt. – Die Universität hat sich in den letzten Jahren ausgesprochen dynamisch entwickelt. Die Studierendenzahl hat die Grösse von annähernd 13 000 erreicht. Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass das Studierendenwachstum in letzter Zeit leicht abflacht. Die Strategie «Midi» hat sich somit als angemessene Richtgrösse für die Entwicklung der Universität erwiesen – und es zeigt sich, dass die vereinbarte Konsolidierungsstrategie realistisch ist. Eine Konsolidierung auf diesem Niveau ist also eingeleitet und wird von der Universitätsleitung auch unterstützt. Eine Konsolidierung findet auch bei den Grundbeiträgen des Bundes statt. Die Universität ist in den letzten Jahren mit einer steigenden Rate an Nationalfonds-Projekten und nationalen Forschungsschwerpunkten hervorgetreten. Aufgrund dieser Erfolge hat sie ihren Anteil an den Grundbeiträgen des Bundes zur Universitätsförderung halten und sogar noch leicht steigern können. – Über die Erfüllung des dritten Leistungsauftrags 2014–2021 kann bereits jetzt eine positive Bilanz gezogen werden. Gesamthaft kann festgestellt werden, dass die Universität sich unter der gemeinsamen Trägerschaft gut entwickelt hat. Die gestiegenen Trägerbeiträge und Drittmittel haben einen Entwicklungsschub bewirkt. Er kann in der nun anstehenden Leistungsperiode konsolidiert werden. Die Strategie 2014 gilt bis 2021 und wird somit in der anstehenden Leistungsperiode im Sinne eines Übergangs fortgesetzt. Die Erarbeitung der neuen Strategie 2030 wird Aufgabe des eben gewählten Universitätsrats sein. Im Verlauf der anstehenden Leistungsperiode wird der Universitätsrat in Zusammenarbeit mit den kantonalen Trägern diese Strategie ausarbeiten. Es muss betont werden, dass bezüglich der Strategie 2030 ein Konsens zwischen den Trägerkantonen besteht, dass die Universität als Volluniversität weitergeführt werden soll. Das wurde in mehreren Voten bekräftigt. Entsprechend ist es nicht die Absicht der Trägerkantone, einzelne Fakultäten zu schliessen, die Uni soll auch mit der Strategie 2030 über eine Theologische, eine Medizinische, eine Philosophisch-Historische, eine Philosophisch-Naturwissenschaftliche, eine Juristische und eine Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät verfügen sowie auch über eine Fakultät für Psychologie. Wichtigster thematischer Schwerpunkt der Universitätsstrategie bleibt der Bereich der Life Sciences. Themen wie personalisierte Medizin, Internet der Dinge und Industrie 4.0 sollen ebenfalls weiterverfolgt werden. Man wird keine völlig veränderte Strategie erstellen können; man wird am Bestehenden weiterarbeiten müssen.

Die Universität hat in unserer Region eine elementare Rolle als Ausbildungsinstitution für akademische Fachkräfte für die Privatwirtschaft und die öffentliche Hand. Es ist aber ganz deutlich: Der regionale Nachwuchs reicht nicht aus, um das Wachstum in der Region am Laufen zu halten. Der Bedarf z.B. an Lehrkräften aller Fächer, Anwälten, Betriebswirtinnen, Kulturmanagern, Ärztinnen, Naturwissenschaftlern und nicht zuletzt des Nachwuchses der regionalen Hochschulen ist grösser als der regionale Fundus. Es gilt daher eine optimale Grösse der Universität Basel sicherzustellen (man ist nahe dran) – die Strategie 2030 wird das nicht grundlegend verändern können. Es ist erfreulich, dass die Region Wachstum hat. Entsprechend braucht es die Grösse der Uni weiterhin. –

Die Bildungs- Kultur- und Sportkommission liess sich die Regierungsvorlage gemeinsam mit ihrem baselstädtischen Pendant, der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates, vorstellen. Man hat diese gemeinsame Vorstellung als Zeichen verstanden. An einer gemeinsamen Sitzung in Liestal wurden die Fragen durch die Vertreter der beiden Regierungen, Regierungsrätin Monica Gschwind und Regierungsrat Conradin Cramer, durch die Rektorin der Universität Basel, Andrea Schenker-Wicki, sowie den Verwaltungsdirektor Christoph Tschumi beantwortet. In der weiteren separaten Beratung sprach sich die Baselbieter Kommission mit 12:1 für Eintreten zu diesem Geschäft aus. Es gab einen Nichteintretensantrag. Anschliessend diskutierte die BKSK diverse Themen, die sicherlich in der landrätlichen Diskussion wiederum weiterdiskutiert werden (weshalb sich der Redner hier eher kurz halten will). Im Zusammenhang mit der finanziellen Ausgangslage wurde von mehreren Vertretern der Kommission ein kaum erkennbarer Sparwille der Universität bemängelt. Von Seiten der beiden Regierungen wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die Universität drei Sparszenarien ausgearbeitet habe, die kumulativ über vier Jahre 72,7, 107,6 bzw. 132,6 Millionen Franken Einsparungen bedeuten, und dass sich der Leistungsauftrag für die kommenden Jahre im Rahmen dieser Sparszenarien bewege. Man hat diese Sparszenarien genommen und sich nicht zu weiteren Sparmöglichkeiten hinreissen lassen, sondern sich im besagten Rahmen gehalten. Eine Kommissionsminderheit sieht eine finanzielle Beschränkung der Universität in Form solcher Sparmassnahmen kritisch, nimmt sie jedoch als Preis für die Planungssicherheit der Universität in Kauf. – Die heute zu beschliessende Vorlage wurde der Kommission als Lösung für eine Übergangsperiode präsentiert, in der eine neue Strategie formuliert werden muss. Ein Kommissionsmitglied betonte, dass zuerst eine Eignerstrategie des Kantons Baselland vorliegen müsse. Regierungsrätin Monica Gschwind hat geantwortet, dass zwar getrennte Strategien bestehen, diese jedoch widerspruchsfrei seien und die beiden Träger gleichberechtigt verpflichten, der Universität Unterstützung zu bieten. Die Ausarbeitung der Strategie 2030 der Universität Basel hingegen wird aller Voraussicht nach einen intensiven Verhandlungsprozess zur Folge haben; auch die Eignerstrategie muss jetzt erst überdacht werden. Ein Grossteil der Kommissionsmitglieder äusserte ihren Unmut über die bestehende Immobilienvereinbarung und forderte, dass sie überarbeitet werden muss. Die Verwaltung bestätigte, dass die Immobilienvereinbarung veraltet sei und sich dieses Thema als dringlich zeige. Hier besteht tatsächlich die Möglichkeit, mehr finanziellen Spielraum zu schaffen. – Ein Kommissionsmitglied kritisierte die Koppelung des vorliegenden Geschäfts mit dem Kulturvertrag der beiden Kantone und den Zeitdruck: Es ging sehr lange bis zur Überweisung der Vorlage. Eine ausgiebige politische Beratung eines Geschäfts dieser Grössenordnung war lange Zeit nicht möglich, weil nicht klar war, in welche Richtung es geht; das war ein Nachteil für die Diskussion. Es gab auch lange keine Planungssicherheit für 2018 und die folgenden Jahre. Die Verwaltung nimmt diese Kritik zur Kenntnis und verweist auf den intensiven und darum langwierigen Verhandlungsprozess. Das hat man aber auch schon gehört. – Gegen eine Erhöhung der Studiengebühren wehrt sich eine Kommissionsminderheit. Das ist aber kein Thema der Vorlage (auch wenn dies heute sicher zur Sprache kommen wird), der Universitätsrat wird sich darüber unterhalten müssen. Auch eine Erhöhung der Gebühren für ausländische Studierende wurde in der Kommission thematisiert. Es wurde aber erklärt, dass dies kein gescheiter Weg sei: Denn dies hätte wahrscheinlich einen Wegfall von Bundesgeldern zur Folge. Der Universitätsrat wird diese Frage zwar noch anschauen müssen – die Kalkulationen zeigen jetzt schon, dass man sich damit ins eigene Fleisch schneiden würde.

Die Kommission fordert künftig einen besseren Einbezug der IGPK Uni. Das war auch dieses Mal nicht ideal. Die Rolle der IPK FHNW bei der Erarbeitung des Leistungsauftrags und Globalbudgets der FHNW war viel besser, sie konnte mehr mitdiskutieren und hatte mehr Einblick. Die IGPK Uni wurde erst sehr spät einbezogen – es wurde wieder versprochen, dass dies bei der nächsten Verhandlungsperiode besser werden wird. Es muss jetzt wirklich besser werden. – Ein Rückweisansatz wurde wie erwähnt abgelehnt. Man konnte also über das eigentliche Geschäft weiter

diskutieren. Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission Basel-Landschaft und die Bildungs- und Kulturkommission Basel-Stadt begrüssen die gemeinsame Trägerschaft und ein gemeinsames weiteres Vorgehen. Beide Kommissionen schätzen die Uni in hohem Mass. – Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landrats beantragt dem Landrat mit 8:1 Stimmen bei 4 Enthaltungen gemäss beiliegendem Landratsbeschluss zu beschliessen. Konkret bedeutet dies die Zustimmung zu Beträgen von CHF 169,1 Mio. für das Jahr 2018, CHF 170,6 Mio. für das Jahr 2019 und CHF 161,9 Mio. für das Jahr 2020 sowie CHF 162,7 Mio. für das Jahr 2021 – wie dies Punkt 2 des Landratsbeschlusses entnommen werden kann.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) begrüsst auf der Tribüne den neuen Uni-Rat Beat Oberlin, der auch Präsident des Kammerorchesters ist, das am Abend einen Anlass für den Landrat bietet.

**Roman Klausner** (SVP) als Präsident der mitberichtenden Finanzkommission sagt, dass man ausschliesslich die finanziellen Eckwerte betrachtet habe. Die Finanzkommission befürwortet, dass man die Traktanden ansieht und die Situation gründlich analysiert, zumal die Eckwerte im Finanzplan 2018-2021 enthalten sein werden. – Man sieht, dass die Strategiemassnahme Reduktion Beitrag Uni (WOM-6-Massnahme) nicht eingehalten respektive umgesetzt ist. Die Verhandlungserfolge von CHF 11,8 Mio., die auf Seite 17 ausgewiesen sind, sind trügerisch. Ist es doch so, dass über die vier Jahre Zieleinsparungen von CHF 100 Mio. geplant waren. Die Mehrheit der Kommission ist klar der Meinung, dass man das Verhandlungsziel somit nicht erreicht hat. Die Einsparungen, welche die Uni bei einem Gesamtvolumen von CHF 753 Mio. hat, sind mit CHF 20,4 bis 23,4 Mio. relativ klein – gemessen am Gesamtvolumen, das die Uni einsparen sollte. Mit dem Hintergrund, dass man ja noch eine Defizitgarantie der Trägerkantone hat; so dass die Reduktionen praktisch nicht zum Tragen kommen, sollte die Uni diese Einsparungen nicht schaffen. – Eine Kommissionsminderheit steht klar dazu, dass das bisher Erreichte gut sei und dass man so weiter machen sollte – und eigentlich im Hintergrund sagen sollte, dass man die Situation noch verbessern und anpassen müsse. – Was der Finanzkommission am meisten Sorge bereitet, ist die Situation im Immobilienbereich: Dort sieht man sehr viel Handlungsbedarf. Man weiss auch, dass jetzt eine Studie erarbeitet ist. Dort müsste man sich aber wirklich klar überlegen, was man macht. Ist es richtig, wenn die Liegenschaften dem Kanton Basel-Stadt gehören? Wäre es nicht gescheiter, sie direkt der Uni zu übertragen, welche sie bewirtschaften könnte? Das muss man überlegen. Wenn man mit der Immobilienstrategie nicht weiterkommt, muss man klar überlegen, ob man den Vertrag über die Immobilien kündigen muss. Man kann ihn vorzeitig kündigen; das hat mit dem Staatsvertrag selber nichts zu tun. – Weiter hat man das zukünftige Finanzierungsmodell angeschaut. Man müsste mit den Kantonen Aargau und Solothurn auch mal über die Bücher gehen; was eine Beteiligung an der Uni heissen könnte. Wichtig ist, dass man jetzt nicht vier Jahre nichts macht, und dann wieder anfängt, die Sache neu anzuschauen. Der Druck, den man mit dem Bericht aufgebaut hat, muss weitergehen. In gewissen Dingen muss man dran bleiben. – Der vorliegende Kommissionsbericht wurde mit 11:1 Stimmen genehmigt; bei einer Enthaltung.

– *Eintretensdebatte*

Die SVP-Fraktion dankt Regierung und Verwaltung für die Verhandlungen, sagt **Georges Thüring** (SVP). Auch in den Hearings und in den Kommissionsberatungen hat man festgestellt, dass die Bildungsdirektorin und der Finanzdirektor sich für die berechtigten Anliegen des Baselbiets eingesetzt haben. Es ist offensichtlich, dass sie damit eine sehr schwierige Aufgabe hatten – vor allem gegenüber Basel-Stadt und im Besonderen gegenüber der Universität. – Es ist sehr bedauerlich, dass die beiden Regierungen nicht bereit gewesen sind, die IGPK als vermittelndes, begleitendes Organ im schwierigen Verhandlungsprozess zu beteiligen. Eine zumindest konsultative parlamen-

tarische Begleitung wäre gerade aus SVP-Sicht sehr wertvoll und nützlich gewesen. Sie hätte frühzeitig die Befindlichkeiten der beiden Räte in diesem für die Region zweifellos sehr wichtigen Verhandlungsprozess einbringen können. Bei künftigen Verhandlungen muss dies anders werden. Als letztlich verantwortliches Parlament soll der Landrat in Zukunft nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden, zu denen man einfach nur noch Ja oder Nein sagen kann. Man muss frühzeitig Einfluss nehmen und damit aktiv mitgestalten können. – Es sei gleich zu Beginn der Beratungen eines in aller Deutlichkeit festgestellt: Die Uni Basel stellt auch für die SVP-Fraktion einen wichtigen Standortfaktor dar – und zwar unabhängig von der Finanzierung und der Ausgestaltung der Trägerschaft, sondern ganz grundsätzlich. – Natürlich steht gegenwärtig die Finanzierung im Vordergrund des Interesses. Denn die Universität wird auch im neuen Leistungsvertrag gut zur Hälfte von den beiden Trägerkantonen finanziert. Es sind beachtliche Summen – und die SVP befürchtet, dass sich dies nicht so schnell ändern wird. Deshalb muss sich der Blick noch stärker auf die selber erwirtschafteten Mittel richten. Man ist überzeugt, dass hier immer noch ein Potenzial besteht. Die Trägerkantone müssen langfristig finanziell entlastet werden. Deshalb muss die Universität als so genannt eigenständige Institution ihre Pläne zur Gewinnung von Drittmitteln dringender intensivieren. Der Rat sei daran erinnert, dass die Uni in den letzten Jahren eine Kostensteigerung von 20 Prozent verzeichnet hat – zu Lasten der Trägerkantone. Eine weitere Entwicklung in dieser Art kann man sich schlicht nicht leisten. In diesem Zusammenhang sind die Studiengebühren, vor allem auch von auswärtigen und ausländischen Studierenden, eben immer noch ein sehr ernsthaftes Thema, das aber sowohl von der Uni als auch von gewissen politischen Kreisen nach wie vor als heilige Kuh und als rotes Tuch betrachtet wird. Man kann und will sich aber keine heiligen Kühe leisten. Die Gebühren bewegen sich in einem zu niedrigen einstelligen Prozentbereich. Auch hier liegt ein Potenzial. Jeder Franken an Drittmitteln ist wichtig. – Die Regierungen vermischen diesen Leistungsauftrag mit dem CHF 80-Mio.-Deal und den Verhandlungen über die neue Kulturpauschale. Das findet die SVP nicht korrekt; sie empfindet es als eine trickreiche Zahlenakrobatik.

Die Verhandlungen für den neuen Leistungsvertrag haben aber auch gezeigt, dass die Uni nicht nur ein Finanzierungsproblem hat, sondern es bestehen noch weitere Baustellen – nämlich im Hinblick auf klarere, moderne Regeln bezüglich einer guten Führung (Governance), der Immobilien und der Strategie. Diese Baustellen bleiben auch mit dem neuen Leistungsvertrag bestehen – und das ist für die SVP sehr unbefriedigend. Die Erwartungen und Forderungen liegen aber bereits seit längerem auf dem Tisch – es braucht, eine verbesserte Governance, ein effizientes Kostenmanagement, eine klare Fokussierungsstrategie und eine stärkere Nutzung von alternativen Finanzierungsquellen. Im Zusammenhang mit der Strategie stellt sich natürlich die Frage: Volluniversität Ja oder Nein? Auch diese Frage wird als heilige Kuh betrachtet. Doch auch dieses Tabu können wir uns nicht mehr länger leisten. Es steht für die SVP-Fraktion ausser Frage: Sämtliche universitären Angebote müssen ohne Scheuklappen hinterfragt werden, wobei eines unbestritten ist: die Fokussierung auf den Life-Sciences-Bereich. Der vorliegende Leistungsauftrag gibt auf diese offenen Punkte keine befriedigenden Antworten. Und dem Positionspapier der Regenz ist sowieso eine Abwehrhaltung gegen mögliche Veränderungen und notwendige Anpassungen zu entnehmen. Dort herrscht der Grundtenor: «Weiter so. Ja nicht rütteln an den Studiengebühren oder am Status einer Volluniversität.» Man kann sich leider des Eindrucks nicht erwehren, dass die Regenz zwar gerne von öffentlichen Mittel lebt, gleichzeitig aber die universitäre Autonomie durch alle Böden verteidigt. Kurzum: «Andere sollen bezahlen, wir aber bestimmen alleine.»

Die Fraktion hat mit dem Leistungsvertrag aber vor allem aus zwei Gründen erheblich Mühe: Streng genommen entspricht er weder dem Uni-Staatsvertrag und dem im Juni beschlossenen Gesetz über die Beteiligungen (PCGG). Die im Staatsvertrag geforderte gemeinsame Eigentümerstrategie fehlt nach wie vor, zumindest fehlt sie in einer schriftlichen verbindlichen Form. Somit ist auch in der neuen Leistungsperiode im Grunde genommen nicht sichergestellt, dass der Leis-

tungsauftrag einer langfristigen Strategie folgt und die Gelder entsprechend wirksam eingesetzt werden. Und die Wahl der Rektorin oder des Rektors durch die Regenz (also ihre untergeordnete Stellen) widerspricht den Zielen von Paragraph 5 des erwähnten Beteiligungsgesetzes. – Mit anderen Worten: Der Landrat würde mit der Annahme des neuen Leistungsauftrages eigentlich den bestehenden Uni-Staatsvertrag missachten und vor allem gegen ein von ihm selber erlassenes Gesetz verstossen. Man erachtet diese Situation als unhaltbar – und deshalb wird die SVP-Fraktion nicht auf dieses Geschäft eintreten. Natürlich hat man sich diesen Schritt sehr gut überlegt. Aufgrund der Rechtslage kann man ihn aber verantworten. Denn laut Staatsvertrag würde der bisherige Leistungsauftrag solange weiterlaufen, bis er durch einen neuen ersetzt wird. Mit einem Nichteintreten würde der Uni somit kein Schaden entstehen. Sie würde vor allem nicht weniger Geld erhalten als bisher [der Redner verweist auf eine Grafik, die auf den Bildschirmen gezeigt wird]. Mit einem Nichteintreten kann man hingegen die Regierungen klar unter Druck setzen, die erwähnten Missstände und offenen Punkte zu beheben. – Namens einer grossen Mehrheit der SVP-Fraktion beantragt der Redner dem Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten. Wenn der Landrat heute Nichteintreten beschliesst, wäre die Regierung wieder am Zug und sie hätte die echte Chance, eine Lösung zu erwirken, die korrekt wäre und namentlich dem Staatsvertrag und dem neuen Gesetz über die Beteiligung entsprechen würde.

**Roman Brunner** (SP) und die SP Baselland bekennen sich zur Universität Basel als Volluniversität und ebenso zur gemeinsamen Trägerschaft. Die SP tritt auf das Geschäft ein. Die Bedeutung der Universität für die Region ist unbestritten. Es ist zufriedenstellend, dass die Universität mit dem Leistungsauftrag und dem Globalbudget für die nächste Leistungsperiode Planungssicherheit erhält. Der Leistungsauftrag ist mehr oder weniger identisch mit dem laufenden und entspricht der Universitätsstrategie 2014. Es findet also kein Leistungsabbau statt. Und trotzdem erfolgt eine finanzielle Kürzung im Bildungsbereich, das muss man mit aller Deutlichkeit sagen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Die Universität erhält ab 2020 jährlich gut CHF 20 Mio. weniger Mittel, um die gleiche Leistung zu erfüllen. Damit sie das kann, muss sie auf ihre Reserven zurückgreifen, die eigentlich für die strategische Weiterentwicklung der Universität vorgesehen wären. Das ist unschön und nicht nachhaltig. Über kurz oder lang wird dies einen Leistungsabbau zur Folge haben. Auch eine Erhöhung der Studiengebühren steht zur Diskussion. Diese Massnahme ist nicht akzeptabel, hat die Universität Basel doch schon heute die höchsten Studiengebühren im nationalen Vergleich. Eine weitere Erhöhung würde die Studierenden hart treffen, die Chancengleichheit in der Bildung unterhöhlen, den Ruf und die Attraktivität der Universität schädigen und wäre finanziell nicht signifikant wirksam. Zusätzlich muss der Kanton Basel-Stadt einmal mehr dem Landkanton finanziell unter die Arme greifen, indem die Mietzinsreduktion weitergeführt wird, und indem Baselstadt in Aussicht gestellt hat, einen Teil der Kulturkosten von BL zu übernehmen. Die Verknüpfung der beiden Bereiche Universität und Kultur bzw. Kulturvertragspauschale ist weder inhaltlich nachvollziehbar noch finanziell zu legitimieren. Sowohl in Basel-Stadt als auch in Baselland wird das noch zu diskutieren sein. Die Leistungsperiode 2018 – 2021 ist eine Übergangsperiode. Die Erarbeitung der neuen Strategie 2030 ist in dieser Periode zentral. Diese Strategie muss auf einer gemeinsamen Eigentümerstrategie von Baselstadt und Baselland basieren und unter Einbezug der IGPK Universität entwickelt werden. Die SP wird sich im Rahmen dieses Prozesses mit konstruktiven Vorschlägen einbringen. Auch ein neues, dynamisches Finanzierungsmodell, wie in der Vorlage beschrieben, wird unterstützt, man hat dazu bereits einen Vorschlag eingereicht. Auf Basis des Immobilienberichts, der bis Ende Jahr erwartet wird, kann in der nächsten Leistungsperiode auch über die Immobilienvereinbarung diskutiert werden. Es steht also eine turbulente, intensive und für die Zukunft der Universität wegweisende Leistungsperiode bevor. Die SP-Fraktion ist bereit, die Universität in diese Leistungsperiode mit dem vorliegenden Leistungsauftrag und einem Globalbudget zu begleiten und stimmt der Vorlage zu.

Weil sich die SP zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität und zur Universität Basel als Volluniversität bekennt. Eine Ablehnung oder ein Nichteintreten auf die Vorlage wäre verantwortungslos.

**Marianne Hollinger** (FDP) und ihre Fraktion stimmen dem Leistungsauftrag (LA) 2018 – 2021 mit dem Wissen zu, dass man auf dem Weg ist, aber noch nicht am Ziel. Ziel ist eine qualitativ und kompetitiv hervorragende Universität Basel, die den Standort beider Basel stärkt. Dazu braucht es aber – wie es für jedes Unternehmen der Fall ist – eine gesunde Finanzstruktur, und das ist das Anliegen der FDP-Fraktion; eine Universität, die auch langfristig tragbar und finanzierbar ist für die beiden Kantone. So weit ist man noch nicht mit dem neuen LA. Auch wenn auf den ersten Blick die Zahlen recht gut aussehen. Aber man weiss, dies kommt dank des 80-Millionendeals der Regierungen zustande und ist nicht einer nachhaltigen Strukturveränderung zu verdanken. Die Sparbemühungen der Universität setzen in den letzten beiden Planjahren ein, und werden vor allem mit Mitteln aus den Reserven bestritten. Interessant ist, dass die Universität es geschafft hat, in den letzten zehn Jahren Reserven zu bilden, also in einer Zeit, in der Baselland Mitträger der Universität und damit Subventionsgeber der Universität Basel war. Natürlich ist die Bildung von Reserven zu einem gewissen Grade sinnvoll. Jetzt ist es aber richtig, dass diese für den Betrieb eingesetzt werden. Es kann gesagt werden, dass Reserven aufgelöst werden, die teilweise aus Baselbieter Beiträgen stammen. Es ist also Spielraum vorhanden. Dies bestätigt, dass die Neuausrichtung der Universität zwingend und auch möglich ist. Trotz der kritischen Worte zum LA stimmt die FDP zu, weil – und dies an die Adresse der SVP – die Universität nun einmal ein träger Dampfer ist. Es können nicht von einem Jahr aufs andere einschneidende Massnahmen beschlossen werden. Die vierjährige LA-Periode soll allen Beteiligten Planungssicherheit geben. Diese vier Jahre müssen aber gut genutzt werden, von der Regierung wie auch von der Universität. Die Regierung muss die neue Eignerstrategie erstellen und den neuen Universitätsvertrag. Vor allem die Immobilienstrategie und der Immobilienfonds müssen neu aufgegleist und auf gesunde Beine gestellt werden. Der Regierungsrat wird in seinen Bemühungen unterstützt, dafür zu sorgen, dass die Life Sciences die Kernkompetenz der Universität bleiben – was sehr wichtig ist für den Wirtschaftsstandort beider Basel – und auch darin, den Kanton Baselland klar einzubringen als gleichberechtigten Partner. Die FDP-Fraktion hat mit ihren Vorstössen stark dazu beigetragen, dass die Diskussion um Letzteres in Gang gekommen und von allen Seiten die gemeinsame Trägerschaft von Baselland und Basel-Stadt bestätigt worden ist. Das ist eine gute Ausgangslage für die Planung der Zukunft. Zu den Studiengebühren: Die Landrätin ermuntert die Regierung, sich für deren Erhöhung einzusetzen – im Gegensatz zur SP. Die Studiengebühr beträgt aktuell halbjährlich CHF 850. Für eine Musiklektion bezahlt ein Primarschüler im Halbjahr CHF 1'000. Das Beispiel zeigt, dass die Studiengebühren tatsächlich angehoben werden dürfen, was zu zusätzlichen Einnahmen führen würde. Es ist absolut tragbar und generiert keine Ungerechtigkeiten.

Zu den Aufträgen an die Universität: Man muss sich darauf verlassen können, dass bis 2020/21 eine Gesamtstrategie vorliegt, die es bisher leider nicht gab. Der Universitätsrat ist verpflichtet, eine Neuausrichtung der Universität vorzunehmen, wegzukommen von verkrusteten Strukturen und eine zahlbare, zukunftsgerichtete Strategie auszuarbeiten.

Zur Volluniversität: Gemäss FDP kann die Universität Basel eine Volluniversität sein, aber mit neuen, innovativen Ideen. Bei der heutigen Mobilität fragt sich, ob wirklich alles an einem Standort stattfinden muss. Gefordert ist eine innerschweizerische Zusammenarbeit. Die Universität Basel befindet sich nicht in Konkurrenz zu den anderen Universitäten in der Schweiz, sondern ist im internationalen Wettbewerb gefordert. Dort besteht die Universität, wenn schweizweit zusammengearbeitet wird.

Die FDP-Fraktion hofft und wünscht, dass die Universität den Willen zu diesen Veränderungen hat und dass die Neuausrichtung gelingt. Es gibt viel zu tun. Die Bemühungen will man jederzeit un-

terstützen. Es soll angepackt werden mit einem Ja zum vorliegenden Leistungsauftrag [*vereinzelt zustimmendes Klopfen von rechts*].

**Florence Brenzikofer** (Grüne/EVP) und die Fraktion Grüne/EVP bekennen sich einstimmig zum Leistungsauftrag und Globalbeitrag für die Universität beider Basel 2018 – 2021. Die gemeinsame Trägerschaft wird unterstützt und die Fraktion steht voll hinter der Institution Universität beider Basel als Volluniversität. Die Regierungen der Kantone BL und BS haben nach zähen Verhandlungen diese Vorlage ausgearbeitet und kündigen mit der Strategie 2030 an, dass für die Leistungsperiode 2022 – 2025 neue Pflöcke eingeschlagen werden sollen und die Bereiche Immobilien, Führungsstruktur und Finanzierungsmodell mittels eingesetzter Arbeitsgruppen neu verhandelt werden.

Frage an Regierungsrätin Monica Gschwind: Die Immobilienstrategie wurde auf den Herbst 2017 angekündigt. Wo steht das Papier? Es wäre wichtig gewesen, diese heute bei der Verhandlung schon zu kennen.

Bei der Leistungsperiode 2018 – 2021 geht es um eine Übergangsperiode, sprich um einen Kompromiss. Bei diesem Kompromiss muss mehr als eine Kröte geschluckt werden. Die Trägerbeiträge für die Jahre 2020/21 werden gekürzt und mittels Auflösen von Reserven kompensiert. Das ist eine temporäre Massnahme während dieser Übergangsphase. Das Auflösen von Reserven ist aber keine nachhaltige Lösung. Die Kürzungen sind deshalb zu kritisieren, weil es für eine Region, die sich gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell profilieren will, geradezu absurd ist, CHF 40 Mio. einzusparen. Die von der FIK vorgeschlagenen Einsparungen müssen stark kritisiert werden. Es muss aber entgegen gehalten werden, dass sich die Regierungen ausdrücklich für das Festhalten an der Volluniversität ausgesprochen haben – das ist für die Grünen/EVP entscheidend.

Die Bemühungen der Regierungen von BL und BS, eine gemeinsame Vorlage zu präsentieren, werden anerkannt. Aufs Schärfste kritisiert werden muss aber die Koppelung mit dem Kulturvertrag. Selbst Regierungsrätin Monica Gschwind hat geäußert, dass diese Verknüpfung atypisch sei. Die Kulturbudgetkürzungen in Höhe von CHF 5 Mio. aus BL – auch wenn BS dafür in die Bresche springt – sind kurzsichtig und schädlich für das Zusammenwirken der Region. Beim Universitätsdeal ist von Planungssicherheit die Rede. Genau diese Planungssicherheit wird im kulturellen Bereich aufs Spiel gesetzt. Zum Vorgehen: Die Koppelung ist im Sommer dieses Jahres erfolgt. Heute und nächste Woche wird die Vorlage zur Universität in den Räten behandelt. Und die Kulturdebatte erfolgt erst in einem Jahr. Dieser Zeitplan ist für die Grünen /EVP nicht akzeptabel, und aus kultureller Sicht ist die Koppelung ein schlechtes Verhandlungsergebnis.

Zum Thema Studiengebühren: Ein hoch politisches Thema, bei welchem die Bürgerlichen – allen voran die FDP – von falschen Annahmen ausgehen. Höhere Studiengebühren haben finanziell nur minimale Auswirkungen. Aber das Ansehen der Universität würde mit dieser Strategie leiden. Eine massive Erhöhung der Studiengebühren hätte nämlich eine Abwanderung der Studierenden zur Folge. Auch eine Erhöhung für ausländische Studierende hätte weitreichende negative Folgen. Das wurde von der Rektorin der Universität bestätigt. Denn die Bundesbeiträge würden wegfallen. Erhöhte Gebühren lösen nicht die erwartete Einsparung aus.

Wie bereits im Februar sprechen sich die Grünen/EVP auch heute gegen eine Erhöhung der Studiengebühren – auch für ausländische Studierende – aus.

Für die Fortsetzung der bikantonalen Trägerschaft ist ein Ja zu Leistungsauftrag und Globalbeitrag das Richtige. Es geht um eine schweizweit einmalige Trägerschaft der Universität durch zwei Kantone. Eine leistungsfähige, starke Universität soll erhalten bleiben, mit Betonung auf Volluniversität. Es braucht das aktuelle Angebot an Fakultäten, diese langjährige Tradition macht einen wichtigen Teil ihrer Qualität aus.

Der Schwerpunkt «Life Sciences» wurde nun schon mehrfach erwähnt in der Debatte und erfährt

eine starke Lobby. Alle Fraktionen haben sich sehr deutlich zu diesem Fokus bekannt. In Erwiderung der Kritik der SVP am 20 %igen Kostenwachstum hält die Rednerin fest, dass 90 % dieses Kostenwachstums auf die Bereiche «Life Sciences» und Medizin zurückzuführen ist. Es sind also nicht die Geisteswissenschaften, die das Kostenwachstum verursachen. Für die Grünen/EVP ist die Stossrichtung Volluniversität mit dem Fokus auf den «Life Sciences» – unter Beibehaltung der anderen Fakultäten – richtig. Und das Vertrauen in die neu gewählte Universitätsleitung ist da, dass sie diesen Fokus auch in der Strategie 2030 beibehalten wird; man ist gespannt auf die Strategie. Der zuständigen Arbeitsgruppe soll mitgegeben werden, dass das Festhalten an der Volluniversität essenziell ist. An der Strategie mit unterschiedlichen Schwerpunkten soll nichts geändert werden.

Die Universität beider Basel ist unverzichtbar für die Entwicklungschancen und die Attraktivität der Region. Es hängt viel davon ab. Deshalb ein Ja zu Leistungsauftrag und Globalbeitrag. Als solider und vertrauenswürdiger Partner ist die Fraktion der Grünen/EVP überzeugt, dass es der neu gewählten Universitätsleitung gelingt, ein Finanzierungsmodell zu präsentieren, das der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Kantone Rechnung trägt. «Wir wollen uns die Universität beider Basel leisten und können sie uns leisten.» Deshalb ein einstimmiges Ja zu Leistungsauftrag und Globalbeitrag.

**Pascal Ryf** (CVP/BDP) zitiert Archimedes: «Gebt mir einen genügend grossen Hebel und ich werde die Welt bewegen.» Er fügt an, dass Universitätsrektorin Andrea Schenker-Wicki ihre Rede am Dies Academicus mit genau diesem Zitat beendet habe. Noch nie hatte die Menschheit einen grösseren Hebel als die heutige Wissensgesellschaft. Die Universität Basel, die Alma Mater der Region, nährt Studierende – zu einem grossen Teil aus dem Kanton Baselland – mit Wissen und Bildung. Die Universität ist für die volkswirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Region Basel von grösster Bedeutung. Sie trägt mit der Ausbildung des akademischen Berufsnachwuchses zur breit diversifizierten regionalen Wirtschaft und mit ihrer exzellenten Forschung in den Life Sciences wesentlich zur Innovationskraft und Wertschöpfung der Region Basel bei. Aufgrund der Globalisierung, der demographischen Veränderung, der Bedeutung der Wissensgesellschaft und der Digitalisierung ist die Bedeutung der Universitäten als Innovationsmotor für eine Volkswirtschaft stark gestiegen. Für die Volkswirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ist die Forschung und Entwicklung von zentraler Bedeutung. Doch der internationale Wettbewerb um die klügsten Köpfe und explodierende Kosten in der Forschung sowie neue Kompetenzen der Studierenden im 21. Jahrhundert stellen die moderne Forschungsuniversität vor grosse Herausforderungen. Diese Herausforderungen kann die Universität nur mit der Unterstützung der Bevölkerung und der Politik angehen.

Es liegt am Parlament, dieser Universität die Unterstützung zu geben, ihr Planungssicherheit zu schenken und so zu einer starken Wirtschaftsförderung in beiden Basel beizutragen. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Beiträge des Kantons Basel-Landschaft für die Universität substanziell sind. Doch es ist genauso klar, dass die finanziellen Mittel des Kantons beschränkt sind. Daher waren die Verhandlungen der beiden Regierungen ein anspruchsvoller Prozess und es darf festgestellt werden, dass ein erster Zwischenschritt erreicht ist. Die oberste Zielsetzung der Verhandlungen war die nachhaltige Sicherung der gemeinsamen Trägerschaft, und es muss zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Perspektiven unterschieden werden.

Die CVP/BDP-Fraktion unterstützt einstimmig die Genehmigung des Leistungsauftrages. Mit dem Leistungsauftrag 2018 – 2021 wird den Regierungen Zeit gegeben, die in vier den Verhandlungen identifizierten Handlungsfelder Eignerstrategie, Finanzierungsmodell, Immobilienstrategie und Governance anzugehen. Die CVP-/BDP-Fraktion steht voll und ganz hinter einer Volluniversität, in deren Mittelpunkt die «Life Sciences» stehen. Aber natürlich dürfen auch die übrigen Fakultäten nicht vernachlässigt werden. Doch als verlässlicher Partner darf man im Sinne von Erich Kästner



auch kritische Fragen stellen, denn: «Die Fragen sind es, aus denen das, was bleibt, entsteht.» Wer keine Fragen stellt, bekommt auch keine guten Antworten. Wenn man aus Fragen medial und politisch einen atomaren Konflikt hervorspielt, dann hat das mit der Sache nichts zu tun, sondern ist Show. Es braucht eine nüchterne Stimme – weder eine Stimme, die partout alles ablehnt, was aus Basel kommt, noch eine Stimme, welche die Martinskirche vollsprayt – eine Stimme der Vernunft, eine Stimme der Mitte. Der Universität kann keine Absolution für alles gegeben werden, auch die Universität muss sich der Wirtschaftlichkeitsprüfung unterziehen. Der Universitätsvertrag wird überhaupt nicht in Frage gestellt, auch soll der bisherige Leistungsumfang nicht geschmälert werden. Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons BL ist aber auch die Universität gefordert, selber Einsparungen vorzunehmen.

Andrea Schenker-Wicki widmete ihre zweite Rede am Dies Academicus, eine witzige und rhetorisch brillante Tischrede, dem Thema «Die Rektorin sucht Gelder». Ja, die Universität muss selber Drittmittel generieren und man fragt sich, ob sie nicht auch private Geldgeber suchen kann, so wie das andere Universitäten machen. Aber vielleicht ist ja die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Dr. honoris causa Roger Federer ein Wink mit dem Zaunpfahl, denn auf der Homepage der Roger Federer Foundation schreibt der Tennisspieler: «Manchmal braucht es nur etwas Starthilfe.» Vielleicht leistet Roger Federer ja eine bisschen Starthilfe bei der Generierung von Drittmitteln.

Starthilfe braucht es auch bei der Überarbeitung der Immobilienstrategie. Bisher wurde viel zu viel Geld in Beton investiert, Geld, das besser in Menschen investiert worden wäre. Die Regierungen haben ein Gutachten erstellen lassen, welche die Eigentümer- und Vermieterrolle der Träger begutachtet. Die sehr hohen Betriebskosten belasten die Universität in hohem Masse. Zudem muss die Frage gestellt werden, ob es korrekt ist, wenn die Kosten für Instandstellungen, für die Bauherrenrolle, für Wertvermehrungen paritätisch unter den Trägern aufgeteilt werden, obwohl die Immobilien im Besitz der Stadt sind. Diese Wertvermehrungen werden nicht korrekt verbucht, und die Werterhaltung und die Wertvermehrung müssen inskünftig sauber getrennt werden. Der Universitätsrat gibt die Universitätsstrategie vor und die Träger bestimmen den finanziellen Rahmen. Es soll nicht in die Autonomie des Universitätsrates «dreingeredet» werden, aber als Geldgeber will man eine Neuregelung der Immobilienvereinbarung.

Von ganz linker Seite – das hat auch die Demonstration vor dem Regierungsgebäude gezeigt – wird behauptet, man spare die Universität kaputt. Immerhin bezahlt der Kanton Basel-Landschaft jeden Tag CHF 484'000 an die Universität, ein hoher Betrag, der aber gut investiert ist.

Neues Finanzierungsmodell: Erarbeitung eines dynamischen Modells, welches die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beider Kantone und die Standortvorteile berücksichtigt. Dazu müssen der Staatsvertrag und die Immobilienvereinbarung (treten ab 2022 in Kraft) überarbeitet werden. Corporate Governance: Das Präsidium des Universitätsrates muss 2020 an BL gehen. Das Sekretariat des Universitätsrats soll durch eine verwaltungsunabhängige Person besetzt werden.

Ein Nichteintreten würde aber die Verhandlungserfolge der Regierungen torpedieren und der Universität Planungsunsicherheit bereiten. Ein Argument der SVP gegen das Eintreten ist, dass die Mitglieder des Rektorats (inkl. Rektorin) gemäss Staatsvertrag der Universität (§27, Abs. 2) durch die Regenz gewählt werden, würde gegen das Public Corporate Government Gesetz (PCGG) verstossen. Die Wahl müsse durch den Regierungsrat erfolgen. Doch das PCGG macht mit einer Ausnahme keine Vorgaben bezüglich der Wahl des operativen Führungsorgans von Beteiligungen. Es beschreibt ausschliesslich Vorgaben zur Bestellung des strategischen Führungsorgans. Somit verstösst die Wahl der Mitglieder des Rektorats (inkl. Rektorin) gemäss Staatsvertrag der Universität nicht gegen das PCGG. Zudem geht der Staatsvertrag dem PCGG vor. Daher ist das Argument nicht geltend.

Der Landrat ist es der Universität Basel, aber auch der Wirtschaft schuldig, die Alma Mater zu unterstützen. Es ist aber auch wichtig, dass BL als partnerschaftlicher Trägerkanton wahrgenommen wird, und nicht als Juniorpartner. Die CVP-/BDP-Fraktion plädiert klar für Eintreten und stimmt dem

Leistungsauftrag und Globalbudget zu. «Lassen Sie uns nicht der Stab im Rad sein, welcher Archimedes' Hebel ausbremst, stärken wir den Hebel, machen wir etwas aus unserer Universität, machen wir uns stark für unseren Wirtschafts- und Forschungsstandort Basel-Stadt und Basel-Landschaft.»

Zum Schluss: Vor zwei Wochen wurde die Skelettsammlung der Universität in Bottmingen eingeweiht. Es wäre schön, wenn man nicht nur die Skelette im Baselbiet hätte, sondern noch ein bisschen mehr Fleisch am Knochen.

**Daniel Altermatt** (glp) kündigt an, er komme nicht ganz so fleischlich daher. [*Heiterkeit*]

Er spricht von einem Luxusproblem, indem etwas, was sich Baselland vorgenommen hat, auch tatsächlich eingetreten ist: Es ist noch nicht allzu lange her, dass die Uni Basel relativ klein war mit rund 8'000 Studierenden, die einige Höhenflüge verzeichnete, aber international nicht wirklich bedeutend war. Dann haben die beiden Basel beschlossen, etwas zu ändern und die Uni in die erste Liga der Rankings zu führen. Dazu war ein grössenmässiger Aufstieg ins Mittelfeld nötig; die Zielvorgabe lautete auf ca. 13'000 Studierende. Und siehe da: Es funktionierte. Heute steht die Uni Basel sehr gut da in den Rankings, und die angepeilte Grösse wurde in etwa erreicht. Zudem ist sie für die öffentliche Hand eine relativ kostengünstige Uni, weil sie sehr viele Drittmittel eintreibt im Vergleich zu anderen Universitäten.

Was beim Entwickeln der Strategie etwas vergessen ging, war, dass mit einer Vergrösserung der Uni um die Hälfte auch die Kosten mindestens um die Hälfte (oder eher mehr) ansteigen würden. Dummerweise gab es gleichzeitig auch Kostensteigerungen in den kostenintensivsten Bereichen: in der Forschung und in der medizinischen Ausbildung. Und nun entspricht die Uni zwar dem, was eigentlich beabsichtigt war, nur ist sie kaum mehr finanzierbar. Das ist das Problem.

Es ist allen klar, dass das Ziel sein muss, nun auf diesem Niveau eine Konsolidierung zu erreichen. Es muss versucht werden, das Niveau zu halten – das ist auch nicht gratis. In diesem Zusammenhang muss man aufpassen, dass man nicht beginnt, über Fraktalprozent der Kosten zu diskutieren und dabei Schaumschlägerei zu betreiben, indem über die Heraufsetzung der Studiengebühren um ein paar Franken gestritten wird, denn dabei schaut nicht viel heraus. Letztlich ist das Problem, dass viel Geld fehlt, wenn man wirklich eine günstige Uni will; oder aber man will eine Uni in der heutigen Grösse behalten, dann muss das Ziel eine bessere Verteilung der Kosten sein.

Die Uni hat den Auftrag bekommen, sich Gedanken dazu zu machen, wie sie in der Konsolidierungsphase günstiger werden könnte, und sie hat Szenarien und Konsequenzen aufgezeigt. In diesem Bereich kann sich die Politik bewegen. Zudem ist die ganze Immobilienstrategie in Überarbeitung; dort sind einige Fehler passiert, die aber korrigiert werden können, so dass am Schluss etwas heraussehen wird.

Will man jedoch viel weiter gehen, müsste man zu einem Kahlschlag ansetzen und einzelne Bereiche zerschlagen – mit dem Risiko, dass die Uni wieder zurückfällt. Wer will das wirklich? Die glp/GU-Fraktion will es klar nicht.

Die aktuelle Vorlage ist keine Sparvorlage, sondern es geht im Wesentlichen um das Verschieben einiger Kostenträger. Für eine Übergangsphase ist das okay, denn kurzfristig kann man ohnehin nicht viel ändern. Das beantragte Nichteintreten würde überhaupt nicht weiterhelfen: Es gab keine neuen Erkenntnisse, welche die Verhandlungen mit Basel-Stadt wesentlich beeinflussen würden. Also kann man auch nicht davon ausgehen, dass etwas deutlich anderes herauskäme, als was jetzt vorliegt.

Die glp/GU-Fraktion ist der Ansicht, der eingeschlagene Weg solle konsequent weiter beschritten werden. So besteht die Chance, am Ende mittel- und längerfristig tragfähige Lösungen zu finden.

**Jan Kirchmayr** (SP) äussert sich als Einzelsprecher, der die Minderheit der SP-Fraktion vertritt. Auch sie ist für Eintreten, wird sich in der Schlussabstimmung jedoch enthalten.

Bildung ist kein Geschäftsmodell; es geht nicht immer nur um die Wirtschaftlichkeit usw., sondern Bildung ist das wichtigste Gut, und man muss sich fragen, wieviel sie einem wert ist. Schaut man den Leistungsauftrag an, sieht man, dass sich eine Kürzung von CHF 44 Mio. für die Universität beider Basel ergibt. Das kann nicht unterstützt werden. Denn wenn man schon wirtschaftlich argumentiert, muss die durch die Uni erbrachte Wertschöpfung zugunsten der Region und zugunsten des Kantons berücksichtigt werden; sie ist immens.

Man muss sich bewusst sein, dass die Uni in einem internationalen Wettbewerb steht; das gilt auch bei den Studiengebühren. Die Universität Basel ist eine Volluniversität, und das soll auch so bleiben. Aber sie ist die teuerste Volluniversität in der Schweiz und überhaupt im deutschsprachigen Raum. In Deutschland und in Österreich werden zur Zeit die Studiengebühren abgeschafft. Wie attraktiv ist es also für die Studierenden noch, in Basel zu studieren, wenn sie jährlich CHF 2'000 dafür bezahlen müssen? CHF 2'000 sind für eine/n Studierende/n etwa ein Monatseinkommen. Die Attraktivität der Universität Basel leidet angesichts entsprechender Erhöhungsforderungen. Mit der Kürzung der Beiträge an die Universität schadet Baselland deren Attraktivität, und gleichzeitig sollen die Gebühren erhöht werden – was soll denn das für ein Geschäftsmodell sein? Zum Schluss sei an ein John-F.-Kennedy-Zitat erinnert: «Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.» *[zustimmendes Klopfen von links und von der Zuschauertribüne]*

**Oskar Kämpfer** (SVP) erinnert daran, dass ein Nichteintretensantrag vorliege, über den noch nicht abgestimmt worden sei. Er wird nochmals die Argumente, die gegen das Eintreten sprechen, zusammenfassen. An Pascal Ryf gewandt, meint er, dessen Rede bringe ihm wohl bald einen Dr. h.c., aber sicher nicht von der juristischen Fakultät. Denn es ist durchaus so, dass die Rektorin sehr wohl etwas zu strategischen Fragen zu sagen hat und dass die Regenz eines der Mitglieder des Universitätsrates vorschlagen darf. Es gibt also einen direkten Einfluss von Leuten, die selber betroffen sind.

Noch immer steht die Frage im Raum: Liegt eine gemeinsame Eignerstrategie der beiden Kantone vor? Bis jetzt konnte niemand diese Frage bejahen: Denn eine solche gemeinsame Strategie existiert nicht, auch wenn gesagt wird, die beiden einzelnen Strategien würden sich nicht widersprechen. Wer bereit ist, gesamthaft und über vier Jahre über eine Milliarde Franken für diese Uni zu sprechen, ohne dass vorgängig klar ist, wofür, muss die Frage beantworten: Was war zuerst – das Huhn oder das Ei?

Zuerst braucht es eine Eignerstrategie: Man muss wissen, wo man mit der Uni hin will – und zwar in einer gemeinsamen Strategie –, und erst dann kann Geld gesprochen werden für eine bestimmte Leistungsperiode. Dieses Prinzip soll nun einfach umgekehrt werden. Der Landrat ist die Legislative, die gesetzgebende Instanz, und im Juni hat er ein neues Gesetz beschlossen, aber schon jetzt ist er bereit, darüber zu diskutieren, wann er es überhaupt einhalten möchte. Ein vorbildliches Verhalten ist das nicht. Es liegt ein strukturelles – nicht ein inhaltliches – Problem vor mit diesem Leistungsauftrag: Es geht nicht um Details, sondern um die Frage, ob man überhaupt über den Leistungsauftrag diskutieren kann. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung: Nein, das ist zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht möglich.

**Mirjam Würth** (SP) spricht als Teil der Minderheit der Finanzkommission, die sich klar für eine starke Uni ausspricht und davon überzeugt ist, dass sie wertvoll ist – und zwar nicht nur finanziell wertvoll, sondern auch hinsichtlich der Entwicklung der Gesellschaft und der Kultur. Sie hat darauf einen grossen Einfluss, und das soll weiter unterstützt werden.

Sehr speziell mutet der Nichteintretensantrag der SVP an, die im Regierungsrat vertreten ist und schon längst darauf hätte drängen können, eine gemeinsame Eignerstrategie zu erarbeiten. Die aktuelle Vorlage ist vom klar bürgerlich dominierten Regierungsrat unterbreitet worden, und nun macht die SVP Opposition dagegen, obwohl sie gar nicht in der Oppositionsrolle ist. Damit drängt sie die SP in eine Rolle, die ihr gar nicht behagt. Die SVP erlaubt sich den Luxus, nicht einzutre-

ten, weil sie sicher sein kann, dass die anderen dann zum Eintreten gezwungen sind.

Einige Worte zur Wertschöpfung: Es gibt eine Kostensteigerung von etwa 20 % in den letzten Jahren, aber dem gegenüber steht auch eine Brutto-Wertschöpfung der Universität von ca. 1,4 % der ganzen Region. Die Uni steht für knapp 6'000 Arbeitsplätze, was sich unmittelbar auf die Wirtschaft, auf Löhne, auf Kaufkraft etc. auswirkt. Die an der Uni betriebene Forschung steht in einem direkten Zusammenhang mit der Industrie, welche die Region angezogen hat – früher war es die chemische Industrie, heute sind es die Life Sciences, die wiederum den Wirtschaftsmotor weiter antreiben, nicht zuletzt mit ihrer Bautätigkeit. Solche Wirtschaftsfaktoren müssen unbedingt mitberücksichtigt werden.

Zum Thema Studiengebühren gilt es festzuhalten, dass die Gebühren, so wie sie jetzt veranschlagt sind, 2,4 % zum Uni-Budget bei, nämlich CHF 18 Mio. Werden diese erhöht, wird dies nicht zu einem massiv höheren Anteil führen. Aktuell trägt Baselland 25 % der Kosten, Basel-Stadt 24 %, der Bund 14 % und die übrigen Kantone etwa 10 %. Diese Daten sind wichtig, wenn man darüber diskutiert, was eigentlich getan werden soll und was nicht. Bei den Studiengebühren darf nicht vom in ganz Kontinentaleuropa geltenden Grundsatz abgerückt werden, dass Universitäten allen offen stehen sollen und nicht nur jenen mit grossem Budget.

Zuletzt äussert sich Mirjam Würth noch als Präsidentin der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität (IGPK Uni): Seit mindestens zwei Jahren, wenn nicht länger, versucht die IGPK, einen aktiveren Part bei den bikantonalen Verhandlungen einzunehmen. Sie hat sich einerseits als Sounding Board angeboten, andererseits die Regierungsräte aufgefordert, die Kommission einzubeziehen – all dies wurde stets abgelehnt, und in diesem Sinne ist es zu begrüssen, dass man endlich an dem Punkt ist, dass eine bikantonale Vertretung der Finanz- und der Bildungskommissionen der Kantonsparlamente in diese Prozesse einbezogen wird.

Unter dem Strich verdienen der Leistungsauftrag und das Globalbudget Unterstützung, verbunden mit der Annahme, dass nun ein Punkt erreicht ist, der ein weiteres Vorgehen ermöglicht und der Rechtssicherheit gewährt. Gegen jeden weiteren Abbau wird sich die SP-Fraktion ganz konsequent wehren.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) möchte eingangs als Mitglied der IGPK Uni bemerken, dass sie sehr froh sei, dass der Leistungsauftrag für die Periode 2018-2021 zustande gekommen ist. Denn jede Partei – die Uni wie auch die beiden Trägerkantone – haben sich bewegt, und es gibt auch Wege zu Neuverhandlungen, zumindest im Immobilienbereich. Man muss sich bewusst sein, dass die Universität die Visitenkarte für die Region ist. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass das Feuer in diesem Leuchtturm nicht schwächer wird oder sogar erlischt, weil ihm einfach die Stecker gezogen werden. Umso wichtiger ist es, auf das Geschäft einzutreten und den Leistungsauftrag zu beschliessen.

Es freut die CVP/BDP-Fraktion, dass die Universität grosse Anstrengungen unternimmt, Geld einzusparen und gleichzeitig zusätzliche Gelder zu generieren. Pascal Ryf hat bereits erwähnt, dass die Rektorin in ihrer Tischrede anlässlich des Dies academicus bemerkt habe, dass die Politik Wunder erwarte. Weder die RTL-Sendung «Zuhause im Glück» noch Günther Jauch mit «Wer wird Millionär?» sind die Lösung. Neben der Generierung von Forschungsgeldern und der Verwendung von Reserven wird auch vor Änderungen der Studiengebühren nicht Halt gemacht. Aber diesbezüglich gilt es aufzupassen, damit die Uni nicht zu überhöhten Studiengebühren getrieben wird. Einerseits verliert man so qualifizierte Köpfe an andere Unis, andererseits schwächt man den breiten öffentlichen Zugang zur Uni. Die in der Schweiz so wichtige Chancengleichheit würde damit erschwert; unter Umständen schadet man so der Uni selber, da dann keine Bundesgelder mehr zu bekommen wären; das könnte weh tun. Es braucht brillante Gehirne, auch solche aus dem Ausland. Gute Gehirne lassen sich bekannterweise nicht mit höheren Studiengebühren generieren. Denn ein gutgefülltes Portemonnaie lässt nicht zwingend auf ein brillantes Gehirn schlies-

sen. *[zustimmendes Klopfen von Teilen des Rats]*

Immer wieder wird nach dem wirtschaftlichen Nutzen der Universität gefragt. Es ist klar, welchen Impact die Uni auf die Life-Sciences-Industrie und die medizinische Forschung hat. Es ist Zeit, endlich damit aufzuhören, Erbsen zu zählen und sich vorzuhalten, welche Region bzw. welcher Kanton am meisten von der Uni profitiert. Unsere Alma Mater ist für beide Kantone wichtig, und es ergibt Sinn, in Lehre, Forschung und Innovation zu investieren – zum Erfolg beider Kantone! Langfristig kann man sich auf jeden Fall überlegen, ob das heutige Finanzierungsmodell überhaupt noch zeitgemäss ist. Wie läuft das Zusammenspiel zwischen Bund und Kanton? Das wird die grosse Herausforderung für die Zukunft der Unis sein. Diesem Gedanken von Rektorin Schenker-Wicki sollte man nachgehen.

Die CVP/BDP-Fraktion wünscht sich, dass die Uni weiterhin als Leuchtturm über die Region hinaus strahlen kann.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) bittet die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, sich ruhig zu verhalten, also weder zu klatschen noch zu klopfen.

**Marc Schinzel** (FDP) betont wie schon Marianne Hollinger, die Universität sei ein träger Dampfer. Umso wichtiger ist es darum, dass sich die beiden Trägerkantone und die Uni-Leitung mit der kompetenten Rektorin Andrea Schenker-Wicki an der Spitze auf den Weg begeben. Deshalb zuerst auf das Geschäft nicht einzutreten wäre nicht richtig. Der vorliegende Leistungsauftrag mag als unzulänglich empfunden werden, aber es wäre falsch, nicht einmal aufbrechen zu wollen. Das wäre nicht zielführend, denn die beiden Regierungen haben sich darauf geeinigt, die zentralen, im Verhältnis der beiden Trägerkantone noch zu lösenden Problemfelder – zum Beispiel das künftige Finanzierungsmodell und die Immobilienvereinbarung – anzupacken, und zwar nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern mit Resultaten bis Ende 2019.

Die basellandschaftliche Regierung steckt in einem schwierigen Multitasking: Sie hat erstens den Auftrag, knappe Ressourcen effizient einzusetzen, und zweitens trägt sie eine Universität mit, die einen grossen Wert an sich darstellt. Die Universität braucht Planungssicherheit und zielgerichtete strategische Arbeit, aber nicht ein allgemeines medienträchtiges Hauen und Stechen. Die Universität muss weiter – und auch das ist eine Herausforderung – in die Gesamt-Bildung eingebettet werden: Es gibt eine primäre, eine sekundäre und eine tertiäre Bildungsstufe, und auch die Fachhochschulen sind ein wichtiges Element. Es ist eine Herausforderung für die Regierung, dieser Verantwortung gerecht zu werden: Die Universität bringt gar nichts, wenn man nicht auch etwas für die primäre und sekundäre Bildungsstufe unternimmt. Und als ob das nicht alles schon genug der Herausforderung wäre: In der bikantonalen Uni-Trägerschaft macht die Baselbieter Regierung das alles zusammen mit Basel-Stadt.

Kritik ist nötig und legitim, aber wenn Alt-Regierungsräte sich als Uni-Tempelwächter gebärden, Parlaments-Bashing betreiben und zur Demo in Liestal aufrufen, so ist das sicher noch kein zukunftsgerichtete Universitätsstrategie. Eine qualitativ hochstehende Universität darf auch etwas kosten, und zwar nicht nur die beiden Trägerkantone und somit die Steuerzahlerinnen und -zahler mit je ca. CHF 170 Mio. jährlich, sondern auch die Studierenden. Hundert Franken Studiengebühren zusätzlich pro Semester, das sind fünfzig Rappen pro Tag, also nicht einmal ein Café crème pro Woche: Das ist sicher nicht das Kriterium, ob jemand an der Uni Basel studiert oder nicht. Studierende, die sich das Studium nicht leisten können, werden selbstverständlich und richtigerweise Stipendien bekommen.

Es geht um eine nachhaltige Strategie für die Zukunft, denn die Universität Basel steht in einem harten Wettbewerb, national mit anderen Universitäten, aber auch mit anderen tertiären Bildungseinrichtungen wie den Fachhochschulen, sowie international mit Universitäten in Grossbritannien, den USA und Fernost. Es ist darum gut, dass erkannt wird, wie wichtig es ist, über die eigene regionale Nasenspitze hinauszudenken. Wenn jeder bloss sein eigenes Uni-Gärtchen pflegt, verlieren

am Ende alle. Richtig ist, die Generierung kompetitiver Drittmittel zu stärken; richtig ist, dass die Universität strategische Schwerpunkte bei Life Sciences, Nanowissenschaften und Biomedizin setzt und dort die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten stärkt; richtig ist, die Zusammenarbeit auch mit Privaten zu stärken, zum Beispiel mit Förderprofessuren in projektbezogenen Arbeiten; richtig ist, die enge Zusammenarbeit mit der ETH in der Systembiologie fortzusetzen; richtig ist, den Einbezug anderer Kantone wie dem Aargau etwa bei den Nanowissenschaften und bei der Archäologie zu forcieren; richtig ist auch, die Zusammenarbeit im Rahmen von EUCOR –European Campus, also mit den oberrheinischen Universitäten, fortzusetzen.

Was die Universität Basel für diese Region, für die Schweiz und darüber hinaus geleistet und täglich von neuem leistet, verdient grossen Respekt. Gerade deshalb kann man aber nicht alles einfach laufen lassen, sondern es muss hart daran gearbeitet werden, dass die Universität Basel, zusammen mit den Trägerkantonen, eine nachhaltige Universitätsstrategie 2030 entwickelt.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) unterbricht die Debatte an dieser Stelle; sie wird am Nachmittag fortgesetzt.

– *Fortsetzung der Eintretensdebatte*

**Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP) äussert sich als Mitglied der FIK zum Thema. Die Universität ist wichtig, ebenso die Mitträgerschaft des Kantons Baselland, und der Votant kann die überschwänglichen Worte unterschreiben. Es stellt sich die Frage der Bedingungen. Der Staatsvertrag ist schlecht, unausgewogen, unfair und in Bezug auf die kantonale Finanzlage problematisch. Die Uni ist ein Teil der kantonalen Gesamtausgaben. Für das nächste Jahr hat der Kanton einen Überschuss von knapp CHF 8 Mio. budgetiert. Das ist wenig, weshalb es Überlegungen dazu braucht, wie die Belastung durch die Uni verringert werden kann. Seit Bestehen des Vertrags schreibt der Kanton Baselland rote Zahlen. Es müssten alle merken, dass die finanzielle Belastung durch die Uni zu gross ist. Marianne Hollinger hat von einem grossen, trägen Schiff gesprochen. Gerade deswegen müssen die bestehenden Verträge jetzt gekündigt und Verhandlungen geführt werden, um neue zu erhalten. Das Parlament muss der Regierung für diese Verhandlungen den Rücken stärken. Zu einem Wirtschaftsstandort gehört eine Uni, aber ebenso keine Verschuldung und vernünftige Steuersätze. Als Verhandlungsergebnis muss ein Betrag resultieren, der auf einem merklich tieferen Niveau ist und der begrenzt werden sollte. Die Kantone Solothurn und Aargau müssten sich auch an der Finanzierung beteiligen. Der Votant sähe lieber die Uni anstatt das Läuferfingerringli auf der Traktandenliste im Kanton Solothurn. Die Finanzen des Kantons sind dem Votanten nicht gleichgültig, und er kann nicht verstehen, dass heute Morgen niemand etwas dazu gesagt hat. Für die nächsten vier Jahre - bis Ende 2021 - kann nicht am Betrag gerüttelt werden. Der Votant kann nicht auf das Geschäft eintreten und will ein Zeichen setzen, um in eine günstigere Preisklasse zu kommen.

**Paul Wenger** (SVP) verweist auf die Vorredner Marianne Hollinger und Marc Schinzel, die von einem trägen Dampfer gesprochen haben. Jedoch gab es in Basel auch eine träge Regierung. Um die Trägheit zu überwinden, braucht es Kraft. Diese benötigt die Regierungsdelegation - Regierungsrätin Monica Gschwind und Regierungsrat Anton Lauber. Alle sind sich über die Bedeutung der Uni einig. Durch vor allem von der SVP eingereichte Vorstösse erhielten Regierungsrätin Gschwind und Regierungsrat Lauber ein Instrument, um in Basel hart verhandeln zu können. Dies wurde in der BSKS eingehend diskutiert. Die Regierungsvertreter des Kantons Basellandschaft müssen weiterhin Druck auf Basel-Stadt aufrechterhalten. Ohne wird es schwierig. Der Votant hält fest, dass die SVP zur Universität stehe, aber die Ergebnisse für die Fraktion nicht befriedigend seien. Das ewige Gezänke um die Studiengebühren bringt nichts; eine kleine Erhöhung vermögen auch Studierende. Für eine höhere Berufsbildung müssen die Leute sehr viel mehr Geld bezahlen.

**Diego Stoll** (SP) äussert sich als Einzelsprecher zum Geschäft. Der 1. Satz in der Regierungsvorlage lautet wie folgt: «Für die Wissens- und Wirtschaftsregion stellt die Universität Basel einen elementaren Standortfaktor dar.» Mit der Aussage ist der Votant zu 100% einverstanden. Jedoch steht auch: «Für die anstehende Leistungsperiode legt die Universität in ihrem Bericht drei Sparszenarien vor. In allen (...) muss die Universität aktive Einsparungen leisten. Im Antrag an ihre Träger (...), ihr bisheriges dynamisches Wachstum einzuschränken.» Dies geht in eine falsche Richtung. Die Gleichung «Sparen bei der Uni und kein Wachstum gleich gut» ist falsch. Es greift zu kurz, die Qualitäten einer Uni mit dem Rechenschieber zu beurteilen. Richtig wäre es, über das Potenzial der Uni für den Kanton Baselland zu diskutieren. Wenn klar ist, wie dieses am besten ausgeschöpft werden kann, können gemeinsam mit der Uni die Finanzen festgelegt werden. Jetzt läuft es andersrum: Die Politik fordert Einsparungen, und die Uni muss es richten. Mit dem vorliegenden Leistungsauftrag ist die Uni nicht dem Untergang geweiht. Der Votant hält die Tendenz für falsch, rein auf die Finanzen zu fokussieren. Wird dies dennoch getan, sollte eine Vollkostenrechnung gemacht werden, die auch die Wertschöpfung berücksichtigt. Der Votant steht zu 100% hinter der gemeinsamen Uni, wird sich heute aber der Stimme enthalten, um ein Zeichen zu setzen, da er nicht hinter dem Prozess stehen kann.

**Marianne Hollinger** (FDP) hält fest, dass die FDP für Zustimmung zum Leistungsauftrag eintrete. Es ist wichtig, dass eine Planungssicherheit besteht. Damit erhält die Uni vier Jahre Zeit, um das Nötige aufzugleisen, was Strategie und Struktur betrifft. Es handelt sich nicht um einen Sparauftrag, sondern um einen Entwicklungsauftrag. Sollte der Auftrag in vier Jahren nicht zur Zufriedenheit erfüllt sein, wäre der Zeitpunkt für eine Notbremse gegeben. Aber der besteht jetzt nicht.

**Urs Kaufmann** (SP) stellt fest, dass die beiden Vorredner Hans-Jürgen Ringgenberg und Paul Wenger der Regierung den Rücken stärken wollen. Diese hat intensiv verhandelt, und das erzielte Resultat soll zurückgewiesen werden. Das ist ein Widerspruch und stellt den Verhandlungspartner in den Regen. Das Zwischenresultat muss akzeptiert werden, mit den entsprechenden Aufträgen, das weiterzuentwickeln. Tut der Landrat das Gegenteil, gibt es einen Scherbenhaufen. Die Verhandlungspartner können nicht mit einer Rückweisung desavouiert werden.

**Rolf Richterich** (FDP) verweist auf Alt-Regierungsrat Wüthrich, der das Dossier 10 Jahre betreute, aber nicht verhandelte und hinterfragte. Die Gleichung «mehr ist nicht gleich besser» ist ebenso falsch. Die Wachstumsphase ist abgeschlossen, nun kommt die Optimierungsphase. Was produziert wird, muss zum bestmöglichen Preis produziert werden. Die FDP-Fraktion hat postuliert, dass die Uni kostengünstiger produzieren soll – von Abbau war nicht die Rede. Dem Geschäft kann zugestimmt werden. Der Landrat ist selber verantwortlich für die aktuelle Situation, da er die Leistungsaufträge in der Vergangenheit zu wenig hinterfragt hat. Nun muss dem Partner aufgezeigt werden, welche Vorstellungen der Kanton Basellandschaft hat. Es geht nicht nur ums Geld, sondern auch um die Leistung - «design to cost» muss die Grundüberlegung sein.

**Andrea Heger** (EVP) hält fest, dass die Fraktion Grüne/EVP auf das Geschäft eintreten wolle. Es besteht eine gewisse Enttäuschung über das Tempo; man hätte sich von den Verhandlungen mehr erhofft, beispielsweise bei den Immobilienberichten. Eigentlich ist aber bekannt, dass die Mühlen der Politik manchmal langsam mahlen, und der Regierungsrat hat sich grosse Mühe gegeben. Bezüglich des Veränderungsbedarfs ist sich der Landrat einig. Der Regierungsrat arbeitet daran und hat genügend Rückendeckung. Ein Nichteintreten ist nicht notwendig und wäre absurd, denn der aktuelle Vertrag würde weitergelten. Dieser kostet mehr als die neue Leistungsvereinbarung. Die Uni ist ein träger Dampfer, der sich in einer Übergangsphase befindet. Es bestehen klare Aufträge, was verbessert werden soll. Soll der Uni ein Dienst erwiesen werden, ist Eintreten sinnvoll – und dann kann proaktiv beim Aushandeln der Bedingungen mitgeholfen werden. Die Uni

befindet sich in einem internationalen Wettbewerb. Andere Universitäten geben viel mehr Geld aus, und die Frage ist, ob mitgehalten werden kann. Es besteht aber ein gewisses Verständnis in Bezug auf die finanzielle Situation des Kantons.

**Hanspeter Weibel** (SVP) äussert seine Enttäuschung über die ganze Diskussion. Vor über 10 Jahren hatte Basel-Stadt ein erhebliches finanzielles Problem und es gab sogar Pläne, die Uni zu redimensionieren. Dann kam jemand auf die Idee, mit dem Nachbarkanton zu sprechen. Es geschah etwas Einmaliges in der Schweiz: Eine partnerschaftliche Vereinbarung zwischen zwei Kantonen entstand. Basel-Stadt war froh über das Geld vom Kanton Baselland, und die Mitspracherechte wurden klein geschrieben. In der Ära Wüthrich wurde nicht über Finanzen, sondern über Ausbau gesprochen. Ob die Qualität mit dem quantitativen Ausbau gegeben war, ist in Frage zu stellen. Nun wird auch über das Geld diskutiert, zudem ist die Situation nicht unähnlich derjenigen von Basel-Stadt vor 10 Jahren. Dass Basel-Stadt nicht mehr Verständnis für die Situation von Basel-Landschaft zeigt, enttäuscht den Votanten. Es ist eine schwierige Diskussion, und es fragt sich, weshalb sich die Uni nicht stärker engagiert. Gewisse Institute bilden Leute aus, die effizient und effektiv in der Wirtschaft tätig sein sollen. Aber die Uni ist nicht der Lage, das Know-how und Fachwissen für sich selber einzusetzen, um effizienter und effektiver zu werden. Der Votant erwartet von allen Beteiligten mehr konstruktive Vorschläge und nicht nur Ablehnung, weil ein Partner ein Problem hat und um Mithilfe bei dessen Lösung bittet. Die Uni soll nicht kaputtgespart werden. Alle Beteiligten müssen sich einbringen. Mit dem vor über 10 Jahren entstandenen Vertrag ist im Laufe der Zeit ein Ungleichgewicht entstanden. Was Baselland an die Unipartnerschaft zahlt, hat Basel-Stadt in den letzten sechs Jahren jeweils als Überschuss in der Staatsrechnung ausgewiesen.

**Oskar Kämpfer** (SVP) erwidert zur Aussage von Andrea Heger, dass auf der einen Seite ein grosses Schiff bestehe: der Leistungsauftrag 2018 – 2021. Dieser basiert auf den Strukturen des Univertrags und der Immobilienvereinbarung. Die Strukturen müssen verbessert werden, bevor neu über das Geld verhandelt wird. Es geschieht nichts, wenn dem Geschäft hier zugestimmt wird. Die Mehrkosten werden dafür in Kauf genommen, um die Grundlagen neu legen zu können. Mittelfristig besteht eine bikantonale Strategie, und die Strukturen werden so angepasst, damit das Geld richtig verwendet wird.

**Christoph Buser** (FDP) entgegnet zu den Rechenschiebergleichungen, dass er die Potenzialdiskussionen gerne führen würde, dies jedoch nicht möglich sei, weil die Strategie und die Eigentümerstrategie nicht vorlägen. Für diese Diskussion fehlen die Grundlagen, deshalb wird über die Finanzen diskutiert. Die heutige Diskussion zeigt, dass die Finanzen das zweitrangige Problem sind. Es fehlen alternative Strategien. In den Rankings ist die Uni Basel trotz relativ viel Geld im Fall. Andere Universitäten sind kleiner und höher im Ranking. Niemand will eine schwächere Uni, aber der Votant tut sich schwer mit Teilen der Universität, vor allem der anderen Eigentümerhälfte. Landrat Daniel Altermatt hat es auf den Punkt gebracht: Es ist das eingetroffen, was man wollte – mit der Zielsetzung von 13'000 Studierenden wurde nicht abgeklärt, welche Kosten dies auslöst. Wachstum kostet immer Geld. Wäre es das eigene Geld, würde auch einmal die Frage gestellt, was mit der Uni getan werden soll. Für die FDP-Fraktion war immer klar, was bei den Strukturen herausgeholt werden kann. Der Kanton Basel-Landschaft muss sich überlegen, was er sich künftig leisten kann. Es gehört zu einer Unternehmensstrategie, abzuklären, ob die Zahlen vorhanden sind, um die Ziele zu erreichen. Es ist nicht ganz abwegig zu fragen, ob diese Grösse in Zukunft gestemmt werden kann. Ist das Profil «älteste Universität» das Richtige? Die Life Sciences sind die teuerste Disziplin neben der Medizin – das muss bedacht werden, wenn dieser Wunsch geäussert wird. Das Geld muss anderswo eingespart werden. Deshalb sollte die Potenzialdiskussion geführt werden. Die heutige Zustimmung ist mit der Hoffnung und dem Auftrag verknüpft, dass in



kurzer Zeit aufgezeigt wird, was genau in den nächsten Jahren geschehen soll. Bis heute ist relativ wenig geschehen, weil viele Abwehrreflexe kamen, anstatt dass die Anliegen aufgenommen wurden. Es sollte nicht bei Lehre und Forschung gespart werden, sondern bei den Infrastruktursachen.

**Dominik Straumann** (SVP) führt aus, dass sich der Landrat nie einig sein werde und es nichts bringe, wenn die linke Seite aufzuzeigen versuche, dass die SVP falsch handle, indem sie dagegen sei. In vier Jahren wird es gleich klingen wie heute: Wenn in den nächsten vier Jahren nichts geschieht, geht es nicht mehr weiter. 2006 wurde hier die Frage gestellt, ob der Landrat das Läu-felfingerli sterben lassen wolle. Trotz dem Versprechen, die Zahlen zu ändern, hat nicht viel geändert. Es müssen Zeichen gesetzt werden. Die Regierung hat einen ersten Schritt getan, aber das reicht nicht. Es ist auch das Verhältnis zu beachten: Hier wird über CHF 160 Mio. pro Jahr diskutiert, in der Budgetdebatte in zwei Wochen über CHF 85'000. Der grosse Betrag schränkt die Handlungsfreiheit des Kantons ein. Kann er sich von dieser Last befreien, muss weder den Lehrern noch den Staatsangestellten der Lohn gekürzt werden. Dem Lehrkörper der Uni wurde kein Lohn gestrichen. Der Votant vermisst Aussagen dazu, dass dort 1% reduziert werden könnte. Die SVP-Fraktion wird gegen Eintreten stimmen.

**Diego Stoll** (SP) muss sich ins rechte Licht rücken. Die Aussage des Votanten war, «Sparen bei der Uni und kein Wachstum gleich gut» sei nicht sinnvoll. Jedoch gilt dies auch für die Gleichung «Mehrausgaben gleich gut». Im Landrat wird keine inhaltliche Diskussion geführt, sondern nur über Zahlen. Das wird dem Geschäft nicht gerecht. Es müsste eine Diskussion über Wertschöpfung und Inhalte geführt werden.

**Mirjam Würth** stossen gewisse Dinge sauer auf. Zu Rolf Richterich: In Bezug auf die Aussage, dass Regierungsrätin Monica Gschwind ausbadet, was ihr Urs Wüthrich eingebrockt habe, möchte die Votantin daran erinnern, dass erstere einen 80-Mio.-Deal eingefädelt hat und dass während zwei Jahren hart verhandelt wurde. Für die Votantin stellt sich die Frage, wie ernst die eigene Regierungsrätin genommen wird.

Zu den Kosten: Es werden CHF 160 Mio. investiert, jedoch gibt es auch Wirtschaftskraft zurück. Die Votantin ist der Meinung, dass die Life Sciences gestärkt werden sollten, denn die Frage ist, welche Richtung sich lohnt und wie viel zurückkommt.

Die Strategie mit dem Ziel von 13'000 Studierenden wurde unter Urs Wüthrich ausgehandelt, jedoch war er einer von fünf Regierungsräten – vier andere haben diese mitgetragen, ebenso der Landrat. Dass eine Wachstumsstrategie kostet, ist klar. Was wurde im Jahr 2013 überlegt, oder 2009, wenn man sich jetzt die Augen reibt? Die Aussage greift zu kurz, dass nun die Ära Urs Wüthrich verdaut werde. Die Votantin möchte wertschätzen, was Regierungsrätin Monica Gschwind und ihre Mitarbeitenden verhandelt haben.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) dankt für die engagierte und meist sachliche Diskussion. Dies ist ein Zeichen der Wertschätzung des Landrats gegenüber der Universität Basel. Die Regierungsrätin ruft die Ausgangslage im Zeitraffer in Erinnerung: Vor rund 15 Jahren hatte der Kanton Basel-Stadt mit Finanzproblemen zu kämpfen. Zur Entlastung der Finanzen des Kantons BS übernahm der Kanton BL 2007 die Hälfte der Trägerschaft der Universität Basel. Aufgrund dieser doppelten Trägerschaft hat sich die Universität Basel in den letzten zehn Jahren sehr dynamisch und erfolgreich entwickelt. Heute bildet die Universität rund 13'000 Studierende aus. In dieser Zeit stieg jedoch auch der Beitrag von BL an die Universität massiv, nämlich um 33% auf aktuell CHF 169 Mio. (2017). Im Rahmen des Entlastungspakets von 2015 wollte der Regierungsrat den Staatsvertrag überprüfen – jedoch ist nichts passiert.

Mit der Finanzstrategie 2016-19 hat sich der Regierungsrat im Juli 2015 das Ziel gesetzt, die Trä-

gerbeiträge um CHF 25 Mio./Jahr zu reduzieren. Eine Motion der SVP forderte, den Universitätsvertrag zu kündigen. Der Vorstoss wurde anfangs September 2015 vom Landrat als Postulat überwiesen. Ende Oktober 2015 beschlossen die Regierungen von BL und BS eine Vereinbarung, mit dem Ergebnis, dass der Kanton BS den Kanton BL mit je CHF 20 Mio. von 2016 bis 2019 entlastet. Ebenfalls wurde vereinbart, dass eine Kündigung des Vertrages erst wieder 2019 möglich ist. Die Universität erlangte somit die wichtige Planungssicherheit – die Träger Zeit, Verhandlungen zu führen. Mitte Dezember 2015 wurde das erwähnte Postulat der SVP betreffend der Kündigung mit 50:37 Stimmen vom Landrat abgeschrieben. Anfangs Juni 2016 haben 64% der Stimmbewölkerung die Vereinbarung mit Basel-Stadt unterstützt, indem sie die Pensionskassenreform der Universität gutgeheissen haben.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Trägerkantonen wurden im Januar 2016 aufgenommen. Die oberste Zielsetzung war, der Universität langfristige Planungssicherheit geben und die Trägerschaft sichern zu können. Die zentrale Voraussetzung für die Fortsetzung der Trägerschaft ist, dass die politischen, aber auch die wirtschaftlichen Interessen beider Träger ausgewogen berücksichtigt werden. Für beide Partner musste eine befriedigende Basis gefunden werden.

Die Verhandlungen dauerten lange. Die Regierungsrätin hat Verständnis für Stimmen, welchen die Verhandlungen zu lange dauerten. Jedoch handelte es sich um einen sehr steinigen Weg und es wurde hart miteinander gerungen. Erst ab Frühling 2017 wurde der Weg konstruktiv. Seither kam man mit sehr hohem Tempo voran. Nach zehnjähriger Trägerschaft war ein differenzierter Rückblick notwendig. Die Bilanz nach zehn Jahren: Es gibt keine namhaften Einheiten der Universität im Kanton BL und die angestrebte Erweiterung der Trägerschaft um die Kantone AG und SO wurde nicht erreicht. Berücksichtigt man die Entwicklung der Beiträge in den letzten Jahren, ist es nicht verwunderlich, dass andere Kantone eine Beteiligung ablehnen. Zudem wurden ungleiche Spiesse in der Partnerschaft, namentlich im Bereich der Governance, festgestellt. Fairerweise muss gesagt werden, dass BL diesbezüglich in den vergangenen zehn Jahren nie interveniert hatte.

Es wurde von verschiedenen Seiten moniert, dass der Einbezug der Kulturvertragspauschale in die umfangreichen Verhandlungen nicht verständlich sei. Dazu ist zu sagen, dass weitere Sparmassnahmen für die Universität verhindert werden sollten. Aus diesem Grund war BS dazu bereit, innerhalb der Kulturvertragspauschale weitere Ausgaben zu übernehmen. Der Regierungsrätin war stets wichtig, dass die Kulturinstitutionen über Planungssicherheit verfügen. Geht es nach dem Willen beider Regierungen – dann haben dies die Institutionen. Der Ball liegt schlussendlich aber bei den Parlamenten.

Während der Verhandlungen kristallisierten sich die Handlungsfelder heraus, an welchen gearbeitet werden muss: Die Governance verbessern, eine gemeinsame Eigentümerstrategie erarbeiten, das Immobilienmodell, die Immobilienvereinbarung und der Immobilienfonds müssen überprüft, überarbeitet und wahrscheinlich abgelöst werden. Die Strategie 2030 wird der Universitätsrat erarbeiten. Ebenfalls muss ein dynamisches Finanzierungsmodell gefunden werden. Aus diesen Arbeiten resultieren Anpassungen im Staatsvertrag. Wie in der Landratsvorlage beschrieben, handelt es sich um mittel- und kurzfristige Perspektiven, welche innerhalb der Leistungsperiode 2018-21 umgesetzt werden können. Es gibt jedoch auch langfristige Perspektiven, für die eine Umsetzung der Lösungen erst ab 2022 möglich ist. Es handelt sich aktuell klar um eine Übergangsperiode.

Ein umfassender Zeitplan wurde ausgearbeitet um den Parlamenten zu zeigen, dass an den erwähnten Handlungsfeldern gearbeitet wird. Der Zeitplan ist sehr ambitiös. Bereits jetzt sind die bikantonalen Arbeitsgruppen in hohem Tempo unterwegs.

An die SVP gerichtet betont die Regierungsrätin, dass Nichteintreten ein falsches Zeichen ist. Dies stärkt die Position der Regierung nicht, sondern wirft sie zurück auf Feld eins.

Die Governance ist ein wichtiges Thema auf verschiedenen Ebenen. Die Governance zwischen den beiden Partnern BL und BS einerseits, die Governance zwischen den Trägern und dem Uni-

versitätsrat andererseits. Die Kantone als Träger definieren den finanziellen Rahmen der Universität. Wichtig ist, dass die Trägerkantone zukünftig die Eckwerte für das neue Globalbudget definieren. Erst danach beginnen die Verhandlungen mit dem Universitätsrat. Dieser Vorgang ist analog dem bekannten Prozess bei der FHNW. Auch die Eigentümerstrategie ist zentral. In dieser werden die gemeinsamen Ziele für die Universität formuliert und sie gilt für jeweilige Leistungsauftragsperiode. Bald wird eine gemeinsame Eigentümerstrategie für die Leistungsauftragsperiode 2018-2021 festgelegt. Besonders wichtig wird diejenige für die Periode ab 2022 sein.

Der Universitätsrat hat die Rolle inne, über die Ausgestaltung innerhalb des vorgegeben Rahmens zu entscheiden. Das heisst, der Universitätsrat erarbeitet die Unternehmensstrategie bzgl. Weiterentwicklung der Universität und beschliesst auch über die konkrete Mittelverwendung bzw. Budget und Rechnung. Die Höhe der Studiengebühren liegt ebenfalls in seiner Kompetenz. Der Universitätsrat wird aufgrund der differenzierten Abwägungen entscheiden.

Die Regierungsrätin erwähnt ausdrücklich, dass die Autonomie der Universität Basel vollumfänglich respektiert wird. Was die Governance bzgl. der Wahl der RektorIn anbelangt: gemäss Staatsvertrag § 25 genehmigt der Universitätsrat das Wahlverfahren und die Wahl der RektorIn auf Basis des Antrags der Regenz. Die SVP moniert, dass dies nicht dem PCG-Gesetz entspreche. Dazu ist auf das Votum von Pascal Ryf zu verweisen. § 5 des PCG-Gesetzes macht keine Vorgabe bzgl. der Wahl des operativen Führungsorgans. Insofern verstösst das Gesetz nicht gegen den Staatsvertrag. Zudem hat der Staatsvertrag Vorrang gegenüber dem PCG-Gesetz. Es ist natürlich nicht einfach nachzuvollziehen, dass heutzutage Kaderangestellte die eigene Führung wählen. Dies ist jedoch im Staatsvertrag so festgehalten.

Zum Globalbudget 2018-2021: Es ist eine zentrale Herausforderung für die Universität, die geforderten Einsparungen zu realisieren. Der Universitätsrat zeigte in seinem Antrag verschiedene Handlungsoptionen auf und es liegt allein in seiner Autonomie zu entscheiden, wie diese umgesetzt werden sollen. Die Universität ist in der Lage, zusätzliche Finanzierungsquellen zu aktivieren. Diesbezüglich befinden sich bereits verschiedene Projekte in der Pipeline, was auf die sehr innovative Rektorin zurückzuführen ist. Beide Regierungen sind der Ansicht, dass die Universität den bisherigen Leistungskatalog unverändert umsetzen kann. Bei einem Budget von über CHF 725 Mio. gibt es Spielraum in diversen Budgetpositionen. Ein Indiz dafür ist, dass 2016 eine Rückstellung in Höhe von CHF 20 Mio. für die Pensionskasse gebildet werden konnte. Es sind grosse, stille Reserven vorhanden. Dies zeigt, dass die Universität in den letzten Jahren sehr haushälterisch mit ihren bzw. den Mitteln der Träger umgegangen ist. Reserven braucht es – sie sind jedoch auch dafür da, angetastet zu werden.

Die Regierungsrätin betont, dass die Universität Basel von zentraler und elementarer Bedeutung für die Wirtschaftsregion ist. Einerseits dient sie als Ausbildungsort, andererseits auch als wissenschaftliche Forschungsstätte, in der Innovation stattfindet und die Wirtschaft beflügelt. Aus diesem Grund bekannte sich der Kanton BL damals zur bikantonalen Trägerschaft und daran hat sich nichts geändert. In der Zwischenzeit wurde die Finanzierung zu einer grossen Herausforderung. Vor allem die hochstehende Forschung ist enorm kostenintensiv. Alle Kantone werden in naher Zukunft an die Grenzen stossen, wenn es darum geht, Forschung weiterhin zu finanzieren. Dies gilt besonders für Grundlagenforschung. Es handelt sich dabei um ein öffentlich verfügbares Gut, das nicht kantonal finanziert werden sollte. Es müssen erneut Diskussionen auf nationaler Ebene in Bern angestossen werden, damit alle Forschungsuniversitäten in der Schweiz langfristig zukunftsfähig bleiben können.

Die Landratsvorlage ist das Ergebnis einer intensiven Arbeit. Zu Beginn standen die Finanzen im Vordergrund. Je weiter die Verhandlungen voranschritten, desto mehr wurde erkannt, dass die Governance, die Immobilien, die Strategie 2030 und das Finanzierungsmodell aus heutiger Optik viel wichtiger sind. An diesen Punkten wird intensiv gearbeitet. Es geht nicht um Rechenschiebereien. Die Regierungsrätin ist davon überzeugt, dass durch eine verbesserte Governance, ein effi-

zientes Kostenmanagement mit der Definition von Wirkungszielen, einer klaren Fokussierungsstrategie, einer stärkeren Nutzung weitere Finanzierungsquellen und Kooperationen mit anderen Hochschulen und der Wirtschaft Mittel für die künftig notwendige Innovation freigesetzt werden können. Mit Andrea Schenker-Wicki ist die richtige Person Rektorin und die Regierungsrätin setzt grösstes Vertrauen darin, dass die Rektorin die Universität vorwärtsbringen wird und dankt ihr an dieser Stelle herzlich für ihre in den letzten beiden Jahren geleistete Arbeit. Auch der Universitätsrat wird gefordert sein, viel strategischer zu arbeiten.

Der Regierungsrat bekennt sich ausdrücklich zur Trägerschaft der Universität beider Basel und ist hochmotiviert, die Partnerschaft mit BS in den kommenden vier Jahren weiterzuentwickeln und die verschiedenen erwähnten Themen anzugehen und Lösungen dafür zu finden. Die Regierungsrätin dankt für die Unterstützung des Landrats und für die Zustimmung zur Vorlage.

*://:* Der Landrat tritt mit 58:21 Stimmen bei 4 Enthaltungen auf die Vorlage ein.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

*Titel und Ingress*

Keine Wortmeldungen.

*Ziffern 1 – 5*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) hält fest, dass der Landratsbeschluss dem fakultativen Referendum unterliege. Der Grosse Rat BS behandelt dieses Geschäft am nächsten Mittwoch, 06.12.2017.

*://:* Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss mit 58:20 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu.

### ***Landratsbeschluss***

#### ***Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018–2021 (Partnerschaftliches Geschäft)***

*vom 30. November 2017*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

- 1. Der Leistungsauftrag der Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt an die Universität Basel für die Jahre 2018–2021 wird genehmigt.*
- 2. Der im Leistungsauftrag ausgewiesene Trägerbeitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Universität Basel wird in Form eines Verpflichtungskredits im Umfang von CHF 664'300'000 bewilligt. Die Auszahlungstranchen betragen CHF 169'100'000 für das Jahr 2018, CHF 170'600'000 für das Jahr 2019, CHF 161'900'000 für das Jahr 2020 und CHF 162'700'000 für das Jahr 2021.*

3. *Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem Vorbehalt entsprechender Beschlüsse des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt.*
  4. *Ziffer 2 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Finanzreferendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung.*
- Ziffer 1 dieses Beschlusses wird nur wirksam, wenn für den Ausgabenbeschluss unter Ziffer 2 keine Volksabstimmung verlangt oder wenn dieser Beschluss in einer allfälligen Volksabstimmung bestätigt wird.*
-